

## Parlamentarischer Vorstoss

2017/239

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** Interpellation von Stefan Zemp, SP-Fraktion: BLT AAGL

**Autor/in:** [Stefan Zemp](#)

**Mitunterzeichnet von:** Bammatter, Brunner Roman, Bühler, Fankhauser, Kaufmann Urs, Kirchmayer Jan, Koller, Locher, Maag, Meschberger, Mikeler, Rüegg, Würth, Zemp

**Eingereicht am:** 15. Juni 2017

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

In der Wochenendpresse vom 10./11. Juni 2017 war in einem Bericht über den ÖV und die Liestaler Autobus AG (AAGL) zu lesen, dass der Regierungsrat im April 2015 zur Eignerstrategie der AAGL folgende Aussage machte: „Der Kanton unterstützt die Konzentration der Konzessionen auf eine Transportunternehmung zur Erhöhung der Effektivität und Wirtschaftlichkeit.“

Offensichtlich geht es um eine grössere Summe, die sich einsparen liesse. Da der Kanton Baselstadt lediglich über eine Minderheit von 22% des Aktienkapitals der AAGL verfügt, kann sich der Verwaltungsrat verweigern, wenn es um die Umsetzung von Sparanstrengungen (verbesserte Logistik) geht.

Da die AAGL auf Eigenständigkeit pocht, möchte ich den Regierungsrat bitten, mir folgende Fragen zu beantworten.

1. Wie gross ist das Sparpotential durch eine Integration der AAGL in die BLT? Liegen dem Kanton dazu indikative Preisangaben der Transportunternehmen vor? Im Artikel der „Schweiz am Wochenende“ wird von einer siebenstelligen Zahl gesprochen.
2. Da die AAGL gemäss Zeitungsartikel zu einem grossen Teil von der Erfüllung der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton BL profitiert, möchte ich wissen, über welche Zeitdauer diese Leistungsvereinbarungen/Konzessionen abgeschlossen wurden und wann frühestens Neuverhandlungen anstehen.
3. Wenn der Verwaltungsrat der AAGL (Zitat: „unsere Strategie ist klar auf Eigenständigkeit ausgerichtet“) sich so eigenständig positioniert; Wie kann der Regierungsrat im Sinne der Baselbieter Öffentlichkeit sicherstellen, dass nicht unter dem Deckmantel einer Leistungsvereinbarung Doppelspurigkeiten entstehen, die letztendlich die SteuerzahlerInnen viel Geld kosten?
4. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass eine transparente Kontrolle der Geldflüsse über Leistungsvereinbarungen gewährleistet ist, wenn der Kanton Baselstadt nur über 22% der Aktien verfügt? (Public Governance Richtlinien)